



Gemeinsame Pressemitteilung vom 03. März 2026

++ Uranatlas: Atomkraft verstärkt die geopolitische Abhängigkeit Europas von Russland und ermöglicht erneutes nukleares Wettrüsten ++

München / Berlin / Hamburg. Anlässlich des 15. Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März und des 40. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl warnen die Herausgeber*innen des Uranatlas 2026 vor einem neuen nuklearen Wettrüsten. „Nicht nur modernisieren alle Atomwaffenstaaten ihre Arsenale und Trägersysteme. Es besteht darüber hinaus die große Gefahr, dass weitere Staaten Atomwaffen herstellen“, erklären die Herausgeber*innen und appellieren gemeinsam an die Bundesregierung, sich für nukleare Rüstungskontrolle, einen erneuten New-Start-Vertrag und Abrüstung einzusetzen.

Dabei spielt Atomkraft eine entscheidende Rolle, denn die zivile Atomkraft ist eng verknüpft mit der nuklearen Aufrüstung, wie der Atlas darlegt, den die Nuclear Free Future Foundation (NFFF), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Umweltstiftung Greenpeace, die Ärzt*innenorganisation IPPNW und .ausgestrahlt herausgegeben haben. Von den 65 derzeit im Bau befindlichen Atomkraftwerken (AKW) werden 63 in oder von Atomwaffenstaaten gebaut. Die Abhängigkeit Europas und der Welt von der global vernetzten Uran-Industrie, insbesondere von Russland, ist trotz des Ukraine-Kriegs weiter gewachsen. „Der russische Staatskonzern Rosatom ist treibende Kraft beim Bau neuer Atomkraftwerke und geopolitischer Arm des Kremlchefs Putin“, erklären die Herausgeber*innen.

Angelika Claußen, Co-Vorsitzende der Ärzteorganisation IPPNW ergänzt: „Wir sind überzeugt, dass zu einer langfristig effektiven nuklearen Abrüstung auch der Ausstieg aus der Atomenergie gehört. In Deutschland müssen wir diesen Ausstieg noch vollenden, indem wir die Urananreicherung und die Produktion von Brennelementen beenden. Gerade jetzt, da öffentlich über europäische Atomwaffen mit deutscher Beteiligung spekuliert wird, wäre dies ein wichtiges Zeichen für Abrüstung und eine friedliche Zukunft mit erneuerbaren Energien.“

SMR-Projekte gescheitert

Ungeachtet dessen fordern Unionspolitiker*innen wie etwa Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche den Bau von sogenannten Small Modular Reaktoren (SMR) und damit den Wiedereinstieg in die Atomkraft.

Susanne Gerstner, stellvertretende Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): „Einen Wiedereinstieg in die Atomkraft darf es in Deutschland nicht geben. Kleine sogenannte smarte Reaktoren sind teuer, gefährlich und unwirtschaftlich. Zudem scheitern weltweit immer mehr Projekte an den horrenden Kosten und fehlender Wirtschaftlichkeit. Der SMR-Hype ist eine Nebelkerze, die unnötig Steuergelder

verbrennt. Deutschland ist aus gutem Grund, mit Zustimmung der Union, aus der Atomkraft ausgestiegen, daran gibt es nichts zu rütteln.“

Rosatom: Zusammenarbeit in Deutschland

Der russische Staatskonzern Rosatom forciert den weltweiten AKW-Ausbau wie kein anderes Unternehmen und bezeichnet sich auf seiner Webseite selbst als die Nummer Eins im weltweiten Atommarkt: Von den 24 Atommeilern, die derzeit außerhalb Chinas und Russlands gebaut werden, führt Rosatom bei 17 den Bauauftrag aus. Hinzu kommt der Handel mit Uran und Brennelementen: Rosatom gehört zu den fünf größten Uranbergbauunternehmen der Welt, die zusammen über 75 Prozent der Uranförderung kontrollieren. Bei der Urananreicherung und der Herstellung von Brennelementen, ist die Abhängigkeit noch größer: Ein großer Teil des weltweiten Bedarfs kommt von Rosatom. Gleichzeitig soll der russische Staatskonzern über ein Joint Venture mit der französischen Orano-Tochter Framatome am deutschen Standort Lingen an der Brennelemente-Fertigung für osteuropäische AKW russischer Bauart beteiligt werden.

Bettina Ackermann von der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Die Bundesregierung muss die Kapazitätserweiterung untersagen und die Atomgeschäfte mit dem Kreml in Lingen beenden. Die Abhängigkeit Europas von Uran und Brennelementen aus Russland ist ohnehin schon so groß, dass trotz des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine der gesamte Atomsektor Russlands bislang nicht sanktioniert worden ist. Diese Abhängigkeit darf durch eine mögliche Zusammenarbeit mit Rosatom am Standort Lingen nicht noch weiter wachsen.“

Geopolitische Abhängigkeit Europas

19 Reaktoren in der EU – in Finnland, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und in Bulgarien – können nur mit Brennelementen russischer Bauart betrieben werden. Inzwischen ist zwar nicht nur Rosatom, sondern auch der US-amerikanische Atomkonzern Westinghouse in der Lage, diese Brennelemente herzustellen. Weil die USA selbst aber nur wenige Tonnen Uran im eigenen Land fördern, ist auch der US-amerikanische Hersteller auf Uranlieferungen von außerhalb angewiesen.

Bernd Riexinger, Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Atomkraft schafft große geopolitische Abhängigkeiten. Russland nutzt über seinen Staatskonzern Rosatom alle verfügbaren Hebel, um seinen politischen Einfluss zu vergrößern. So baut Rosatom nicht nur in Ägypten das erste AKW mit vier Meilern, sondern hat mit 18 weiteren Staaten Atomabkommen zum Bau von Atomkraftwerken geschlossen, obwohl die wenigsten überhaupt die technische Infrastruktur besitzen, um den Strom eines Großkraftwerks nutzen zu können. Das ist vollkommen unsinnig.“

Uranabbau zerstört Lebensräume

Uran spielt bei den geopolitischen Strategieplanungen eine zentrale Rolle. Wie der aktuelle Uranatlas zeigt, sind die fünf größten Firmen für fast 80 Prozent des weltweiten Uranabbaus verantwortlich.

Heinz Smital, Atom-Campaigner von Greenpeace: „Die USA betreiben aktuell 94 Atomkraftwerke, Präsident Trump will die Atomstromproduktion bis 2050 allerdings vervierfachen. Damit das in Gang kommt, werden in den USA die Sicherheitsvorschriften für Atomkraftwerke zusammengekürzt, was das Katastrophenrisiko enorm erhöht. Der Versuch von US-Präsident Donald Trump den Uranbergbau im eigenen Land wieder zu beleben und mehr Uran aus Kanada zu beziehen geht zu Lasten der First Nations, die unter den gesundheitlichen Folgen des Uranbergbaus leiden.“

Neokoloniale Strukturen

Um den Geschädigten des Uranbergbaus eine Stimme zu geben, verweist **Horst Hamm**, geschäftsführender Vorstand der NFFF und Projektleiter des Uranatlas, auf die neokolonialen Strukturen im Uranbergbau: „Uran wurde und wird zu großen Teilen vom Land indigener Völker in Kanada, Australien, Niger und den USA oder in autoritären Staaten wie Kasachstan und Russland abgebaut. Uranbergbau schädigt die Lebensgrundlagen in den jeweiligen Regionen massiv und verstößt gegen die Menschenrechte. Uranbergbau muss verboten werden.“

Weitere Informationen:

Der aktualisierte Uranatlas 2026 erklärt auf 64 Seiten mit Grafiken und Karten den Weg des Urans. Neue Kapitel zum Atomeinstieg der Türkei und zum russischen Staatskonzern Rosatom zeigen die geopolitischen Abhängigkeiten und den Zusammenhang von friedlicher und militärischer Nutzung der Atomkraft. Mit dem Atlas verdeutlichen die sechs Herausgeber*innen, warum Uran im Boden bleiben muss.

Den Uranatlas finden Sie unter:

www.bund.net/uranatlas
www.nuclear-free.com/uranatlas
www.rosalux.de/uranatlas
www.ausgestrahlt.de/uranatlas
www.ippnw.de/bit/uranatlas

Bestelladresse Uranatlas: bestellung@rosalux.org, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8A, D-10243 Berlin

Das „**Faktenblatt Uran**: Zerstörte Landschaften, ausbeuterische Strukturen und geopolitische Bedrohungen“ finden Sie unter: www.bund.net/factsheet-uranatlas

Kontakt:

Dr. Horst Hamm, Projektleiter Uranatlas, Tel.: 01577/1543231, E-Mail: h.hamm@nuclear-free.com

Juliane Dickel, BUND Leitung Atom- und Energiepolitik, Tel.: (030) 27586-562, E-Mail: juliane.dickel@bund.net

Franza Drechsel, RLS-Projektmanagerin für Westafrika und Ko-Redakteurin Uranatlas, Tel.: (030) 44310-445, E-Mail: franza.drechsel@rosalux.org

Patrick Schukalla, IPPNW-Referent für Atomausstieg, Energiewende und Klima, Tel. (030) 698074-21, E-Mail: schukalla@ippnw.de

Bettina Ackermann, .ausgestrahlt Referentin Atompolitik, Tel.: (040) 25 31 89 07, E-Mail: presse@ausgestrahlt.de

Heinz Smital, Greenpeace-Experte für Atomkraft, Tel: 0171/8780803, E-Mail: heinz.smital@greenpeace.org